

28.11.2022

Niederschrift 004/2022

Kreistag

am 08.11.2022 | Aula Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 15:00 Uhr

Ende 16:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Landrat Mario Löhr

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Heike Bartmann-Scherding

Frau Brigitte Cziehso

Frau Martina Eickhoff

Herr Norbert Enters

Herr Hartmut Ganzke

Frau Heike Gutzmerow

Herr Jens Hebebrand

Frau Christine Hupe

Herr Jürgen Kerl

Herr Jens Krammenschneider-Hunscha

Herr Sascha Alexander Kudella

Frau Sabine Lutz-Kunz

Herr Wilhelm Null

Frau Sigrid Reihls

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Jens Schmülling

Frau Simone Symma

Frau Annette Maria Thomae

Herr Martin Wiggermann

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Antje Bellaire

Frau Annika Brauksiepe

Herr Peter Dörner

Frau Annette Droege-Middel

Herr Wilfried Feldmann

Frau Claudia Gebhard

Herr Wilhelm Jasperneite

Herr Jan-Eike Kersting

Herr Herbert Krusel

Herr Olaf Lauschner

Frau Susanne Melchert
Herr Gerhard Meyer
Herr Martin Niessner
Frau Martina Plath
Herr Marco Morten Pufke
Frau Ursula Schmidt
Herr Carl Schulz-Gahmen
Frau Vera Volkmann
Herr Michael Zolda

Anwesend bis 16:40 Uhr

Kreistagsmitglieder GRÜNE im Kreistag

Herr Hans-Ulrich Bangert
Herr Herbert Goldmann
Frau Sandra Heinrichsen
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Thomas Möller
Frau Patricia Esther Morgenthal
Frau Kirsten Reschke
Frau Stephanie Schmidt
Frau Anke Schneider
Herr Reinhard Streibel

Anwesend bis 16:40 Uhr

Kreistagsmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Marion Küpper

Kreistagsmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann
Frau Claudia Lange
Herr Andreas Wette

Anwesend bis 16:50 Uhr

Kreistagsmitglieder DIE LINKE - UWG Selm

Herr Udo Gabriel
Herr Dr. Hubert Seier

Kreistagsmitglieder GFL + WfU

Herr Andreas Dahlke
Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel
Frau Margarethe Strathoff

Kreistagsmitglieder FW Kreisverband Unna / FAMILIE

Herr Thomas Cieszynski
Herr Ralf Piekenbrock

Verwaltung

Herr Mike-Sebastian Janke | Kreisdirektor / Kämmerer / Dezernent I
Herr Ludwig Holzbeck | Dezernent II
Herr Torsten Göpfert | Dezernent III
Herrn Holger Gutzeit | Dezernent V
Herr Ferdinand Adam | Leiter Steuerungsdienst
Frau Sengül Ersan | Leiterin Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung
Frau Susanne Kronenberg | Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung
Herr Alexander Heine | Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung
Frau Silke Schmücker | Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung | Schriftführerin

Abwesend:

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Angelika Chur

Frau Bettina Schwab-Losbrodt

Herr Uwe Zühlke

Kreistagsmitglieder CDU

Herr Hubert Hüppe

Kreistagsmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Daniela Heil

Herr Dr. Gerrit Heil

Kreistagsmitglieder DIE LINKE - UWG Selm

Frau Katja Wohlgemuth

Kreistagsmitglied (fraktionslos)

Herr Timon Lütchen

Herr Landrat Löhr begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 27.10.2022 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Herr Landrat Löhr teilt mit, dass die anwesenden Vertreter der örtlichen Presse beabsichtigten, in der Sitzung zu fotografieren und fragt nach dem Einverständnis der Kreistagsmitglieder. Frau Küpper erhebt Einwendungen. Der Landrat bittet die Pressevertreter um entsprechende Berücksichtigung.

Herr Landrat Löhr gratuliert Herrn Adam und Herrn Oxe (beide Steuerungsdienst) zu ihrem heutigen Geburtstag. Die Anwesenden singen gemeinsam ein Geburtstagslied.

Zur Tagesordnung weist Herr Landrat Löhr darauf hin, dass, wie bereits in der Sitzung des Kreisausschusses am Vortag dargelegt, der Tagesordnungspunkt 10, „Resolution zur dramatischen Menschenlage im Iran“, Antrag der Fraktion GRÜNE im Kreistag vom 14.10.2022, Drucksache 174/22, in der vorliegenden Form von der Tagesordnung abgesetzt werden müsste, da die Angelegenheit nicht in den Aufgabenbereich des Kreises Unna falle. Von dem Angebot, den Kreisbezug durch eine Umformulierung der Resolution herzustellen, habe die Fraktion GRÜNE im Kreistag bislang keinen Gebrauch gemacht.

Herr Goldmann meldet sich zu Wort und kündigt 3-4-minütige Ausführungen zu der Resolution an.

Herr Landrat Löhr bittet Herrn Goldmann, sich zunächst auf die Begründung der formalen Richtigkeit der Aufnahme der Angelegenheit als Tagesordnungspunkt zu beschränken. Es gehe an dieser Stelle nicht um eine inhaltliche Debatte.

Herr Goldmann stellt klar, er wolle die Resolution unverändert bestehen lassen. Er habe die Diskussionen im Vorfeld dahingehend verstanden, dass eine etwaige Beschlussfassung formal vom Landrat beanstandet werden würde. Vor einer etwaigen Absetzung des Tagesordnungspunktes habe er nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Kreistages das Recht, Ausführungen zu dem Antrag zu machen.

Herr Landrat Löhr stellt erneut fest, dass der eingebrachte Tagesordnungspunkt in Verbindung mit dem vorliegenden Antrag in der gestellten Form nicht behandelt werden könne. Herr Goldmann habe aber die Möglichkeit, mit einer entsprechenden Begründung den Bezug zum Kreis Unna herzustellen.

Herr Goldmann unterstreicht, dass es selbstverständlich einen Kreisbezug gebe. Der Antrag werde in ähnlicher Form vielerorts in der Bundesrepublik diskutiert, unter anderem auch im NRW-Landtag. Der Kreis sei unmittelbar betroffen und sollte sich an die Seite des Landes Nordrhein-Westfalen stellen, insbesondere in der Frage des Aussetzens der Abschiebeanordnung für Menschen aus dem Iran. Darüber hinaus sollte die Kreistagsresolution Richtung Land transportiert werden, in der Einschätzung, dass es aus Sicht des Kreistages dringend einer bundeseinheitlichen Regelung bedürfe, um insbesondere der Schutzfunktion für die hier betroffenen Menschen Genüge zu tun. Beide Punkte seien in der originären Zuständigkeit des Kreises als örtliche Ordnungsbehörde begründet. Daraus ergebe sich auch die Zuständigkeit des Kreistages.

Herr Landrat Löhr unterbricht die Sitzung um 15:06 Uhr für eine rechtliche Prüfung der Begründung. Um 15:11 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

Herr Göpfert nimmt als stellvertretender Ordnungsdezernent zu der vorgetragenen Begründung Stellung. Generelle Regelungen für aufenthaltsbeendende Maßnahmen würden ausschließlich durch den Bundes- und Landesgesetzgeber bzw. durch Erlasse der entsprechenden Ministerien getroffen. An diese sei die Ausländerbehörde des Kreises gebunden. Solange keine allgemeine Erlasslage zu einem Abschiebestopp vorliege, erfolge jeweils eine Einzelfallprüfung, bei der der Kreis Unna ebenfalls an die geltende Rechtslage gebunden sei. Daher könne der Kreistag den Landrat nicht beauftragen, Abschiebungen in den Iran auszusetzen.

Herr Goldmann meint, dass er ausgeführt habe, dass sich Kreis gegenüber dem Land für eine Forderung nach einheitlichen Bedingungen zum Schutz Geflüchteter Menschen aus dem Iran einsetzen möge. Der Kreistag solle den Landrat bitten, beim Land entsprechend dafür einzutreten. Es gehe nicht darum, kreisseitig Abschiebungen auszusetzen. Das sei auch nicht Gegenstand der Resolution.

Herr Pufke erklärt, inhaltlich gebe es zu diesem Thema sicherlich keine zwei Meinungen. Objektiv gehe es aber, wie von Herrn Landrat Löhr ausgeführt, um die Frage, ob der Kreistag für das Thema zuständig sei. Dies müsse man klar verneinen. Man könne zwar versuchen, sprachlich eine Zuständigkeit zu konstruieren, aber bei objektiver Betrachtung sei die Zuständigkeit nicht gegeben. Der Landrat habe hier keinen Ermessensspielraum, so dass der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt werden müsse.

Herr Goldmann zieht den Antrag zurück und kündigt eine rechtliche Prüfung an. Er behalte sich vor, mit einem rechtssicheren Antrag noch einmal den Weg in den Kreistag zu suchen.

Herr Landrat Löhr bietet seitens der Kreisverwaltung seine Unterstützung bei der Formulierung des Antrages an und weist darauf hin, dass dieses Angebot bereits im Vorfeld der Kreistagssitzung mehrfach gemacht wurde.

Der Tagesordnungspunkt 10 wird daraufhin einvernehmlich von der Tagesordnung abgesetzt.

Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1		Bestellung einer Schriftführerin
Punkt 2		Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
Punkt 3	173/22	Ersatzwahlen zur Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien des Kreistages
Punkt 4	146/22/1	Abnahme des Jahresabschlusses 2021 und Entlastung des Landrates
Punkt 5	147/22	Verwendung des Jahresergebnisses 2021
Punkt 6		Haushalt 2023 - Einbringung
Punkt 6.1		Haushaltsrede des Kreisdirektors und Kämmerers Mike-Sebastian Janke
Punkt 6.2	160/22	Entwurf des Stellenplans für das Jahr 2023
Punkt 6.3	159/22	Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 und Benehmensherstellung mit den Städten und Gemeinden
Punkt 7		Interkommunale Zusammenarbeit
Punkt 7.1	165/22	Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bestellung eines*einer gemeinsamen Informationssicherheitsbeauftragten
Punkt 7.2	166/22	Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bestellung eines*einer gemeinsamen Datenschutzbeauftragten
Punkt 8		Digitalisierung
Punkt 8.1	168/22	Umsetzungsstand Digitaler Masterplan 2019 - 2022
Punkt 8.2	169/22	Relaunch Internetauftritt Service-Portal Kreis Unna
Punkt 8.3	170/22	Update 23/24 zum Digitalen Masterplan
Punkt 9	171/22	Bericht zur Mittelverwendung im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen aus der Ukraine
Punkt 10	156/22	Standortverlagerung der Jakob-Muth-Schule
Punkt 11	145/22/1	Umsetzung der Ergebnisse aus der Organisationsuntersuchung des Fachbereiches Familie und Jugend
Punkt 11.1	199/22	Ergänzung zur Drucksache 145/22/1 Antrag der CDU-Fraktion vom 03.11.2022
Punkt 12		Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

- Punkt 12.1** Betrieblicher Notfallplan für eine Energiemangellage in der Kreisverwaltung
- Punkt 12.2** Austausch zwischen unterer Katastrophenschutzbehörde und den kreisangehörigen Kommunen
- Punkt 12.3** Austritt aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 13** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen
- Punkt 13.1** Sachstand Förderschule Lünen
- Punkt 13.2** Einrichtung eines Beirats bei der VKU

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung einer Schriftführerin

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Silke Schmücker zur Schriftführerin für diese Sitzung des Kreistages bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 3 173/22 Ersatzwahlen zur Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien des Kreistages

Beschluss

Für die Dauer der verbleibenden Wahlperiode des Kreistages wird folgende Ersatzwahl zur Besetzung folgenden Ausschusses vorgenommen:

Gremium	Funktion	bisher	neu
Ausschuss für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie	ordentliches Mitglied	Roland Lutz (sB)	Timo Putzer (sB)

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (ohne Beteiligung des Landrates, abwesend: Herrn Dörner)

Punkt 4 146/22/1 Abnahme des Jahresabschlusses 2021 und Entlastung des Landrates

Erörterung

Frau Droege-Middel, Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, teilt mit, dass der Ausschuss den Jahresabschluss in seiner Sitzung am 18.10.2022 geprüft und keine Einwendungen erhoben habe. Man habe einstimmig empfohlen, den Jahresabschluss festzustellen und dem Landrat Entlastung zu erteilen.

Beschluss

Der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresabschluss des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2021 mit einer Bilanzsumme von 504.096.446,83 Euro und einem Jahresfehlbetrag von -1.087.969,90 Euro wird festgestellt.

Dem Landrat wird gem. § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (ohne Beteiligung des Landrates;
abwesend: Herr Dörner)

Punkt 5 147/22 Verwendung des Jahresergebnisses 2021

Beschluss

Der Fehlbetrag des Haushaltsjahres 2021 in Höhe von 1.087.969,90 € wird vollständig durch eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage gedeckt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (abwesend: Herr Dörner, Frau Küpper)

Punkt 6 Haushalt 2023 - Einbringung

Punkt 6.1 Haushaltsrede des Kreisdirektors und Kämmerers Mike-Sebastian Janke

Erörterung

Herr Kreisdirektor und Kreiskämmerer Janke hält eine Rede zur Einbringung des Haushaltes 2023.

Die wesentlichen Daten und Zahlen des Haushaltes ergeben sich aus der der Niederschrift anliegenden Präsentation.

Punkt 6.2 160/22 Entwurf des Stellenplans für das Jahr 2023

Der Entwurf des Stellenplans 2023 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6.3 159/22 Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 und Benehmensherstellung mit den Städten und Gemeinden

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 und die Unterlagen zur Benehmensherstellung mit den Städten und Gemeinden werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 Interkommunale Zusammenarbeit

Punkt 7.1 165/22 Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bestellung eines*einer gemeinsamen Informationssicherheitsbeauftragten

Beschluss

Dem Abschluss der Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bestellung eines*einer gemeinsamen Informationssicherheitsbeauftragten wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (abwesend: Herr Hebebrand, Herr Rieke)

Punkt 7.2 166/22 Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bestellung eines*einer gemeinsamen Datenschutzbeauftragten

Beschluss

Dem Abschluss der Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bestellung eines*einer gemeinsamen Datenschutzbeauftragten wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (abwesend: Herr Hebebrand, Herr Rieke, Herr Schmülling)

Punkt 8 Digitalisierung

Punkt 8.1 168/22 Umsetzungsstand Digitaler Masterplan 2019 - 2022

Der Umsetzungsstand des Digitalen Masterplan 2019 – 2022 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8.2 169/22 Relaunch Internetauftritt | Service-Portal Kreis Unna

Erörterung

Der geplante Relaunch des Internetauftritts des Kreises wird anhand eines Imagefilms präsentiert.

Herr Landrat Löhr unterstreicht, der neue Internetauftritt werde wesentlich moderner und vor allem serviceorientierter sein. Der Film verdeutliche, welche Leistungen man künftig für die Bürger*innen auf den Internetseiten anbieten wolle. Vorgesehener Startzeitpunkt für den Relaunch sei der 23.01.2023.

Punkt 8.3 170/22 Update 23/24 zum Digitalen Masterplan

Erörterung

Herr Landrat Löhr dankt allen beteiligten Kolleg*innen für ihre Arbeit und hebt hervor, dass 2022 ein schweres Jahr mit sicherlich keinem normalen Verlauf gewesen sei. Daher wolle er auch der Kreisverwaltung insgesamt und dem Führungsstab danken. Wenn man nicht so gut als Team funktioniert hätte, wäre es schwierig gewesen, die Herausforderungen zu bewältigen. Sein Dank gelte ebenso der Politik für die Rückendeckung und Unterstützung.

Beschluss

Der Weiterführung der beschlossenen Digitalisierungsstrategie sowie den Handlungsschwerpunkten und Maßnahmen nach dem „UPDATE 23/24“ zum Digitalen Masterplan wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (abwesend: Herr Jasperneite)

Punkt 9 171/22 Bericht zur Mittelverwendung im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen aus der Ukraine

Beschluss

Der Bericht zur Mittelverwendung im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen aus der Ukraine wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 10 156/22 Standortverlagerung der Jakob-Muth-Schule

Beschluss

Der Standort der Jakob-Muth-Schule, Förderschule des Kreises Unna für die Sekundarstufe I für die Förderschwerpunkte Lernen sowie Emotionale und soziale Entwicklung, Friedrich-Ebert-Str. 78, 59425 Unna, Schulnummer 199849, wird durch Umzug in der Zeit vom 19.12.2022 bis zum 06.01.2023 an den Standort Döbelner Str. 3, 59425 Unna, verlagert.

Der Schulbetrieb an dem neuen Standort Döbelner Str. 3, 59425 Unna, wird mit Wirkung vom 09.01.2023 aufgenommen.

Der Landrat wird beauftragt, die notwendige Genehmigung gemäß § 81 Abs. 3 SchulG NRW einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (abwesend: Herr Jasperneite)

Punkt 11 145/22/1 Umsetzung der Ergebnisse aus der Organisationsuntersuchung des Fachbereiches Familie und Jugend

Erörterung

Herr Landrat Löhr ruft zunächst den Antrag der CDU-Fraktion zur Drucksache 145/22/1 zur Beratung auf.

Erörterung

Herr Kersting greift zur Begründung des Antrages der CDU-Fraktion die von Herrn Kreisdirektor Janke in seiner Haushaltsrede dargestellten Herausforderungen für die Kommunen auf, denen man sich stellen müsse. Dies habe man im Fachbereich 51 getan und im Rahmen einer Organisationsuntersuchung die Gründe für die überbordenden Ansätze im Jugendhilfebereich analysiert. Die Ergebnisse und mögliche Anstrengungen, den Kostensteigerungen entgegenzusteuern, habe man im Jugendhilfeausschuss diskutiert.

Man sehe in den Unterlagen zur Haushaltseinbringung, dass das Benehmen mit den drei Jugendamtskommunen bezüglich der differenzierten Kreisumlage nicht hergestellt sei. Die CDU-Fraktion wolle politisch als „Doppelhaushälfte im Jugendhilfebereich“ schauen, wo man stehe und wo man hinwolle. Man habe sich im laufenden Jahr bereits auf den Weg gemacht, verschiedenste Punkte anzugehen. Im September habe der Jugendhilfeausschuss dem Kreistag weitere Punkte zur Beschlussfassung empfohlen, jedoch mehrheitlich den Vorschlag abgelehnt, zu sehen, wo noch Potentiale steckten, die man gemeinsam mit den drei Jugendamtskommunen versuchen könnte zu heben.

Mit Blick auf die Benehmensherstellung mit den drei Jugendamtskommunen sollte sich der Kreistag aber anders positionieren. Daher habe die CDU-Fraktion den Punkt als Antrag noch einmal aufleben lassen und werbe dafür, dass man nicht nur auf der fachlichen, sondern auch auf der politischen Seite zeige, dass man gewillt sei, Wege aufzuzeigen, um gemeinsam mit den drei Jugendamtskommunen die anstehenden Herausforderungen anzugehen. Es gehe der CDU-Fraktion nicht darum, rigoros den Rotstift anzusetzen, sondern man wolle mit einem Prüfauftrag an den Landrat als anderen Teil der „Doppelhaushälfte“ gemeinsam mit den drei Kommunen mögliche Szenarien darstellen, welche Wege man gehen könnte. Anschließend müsse man diese politisch im Kreistag abstimmen.

Für die SPD-Fraktion und als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses unterstreicht Herr Enters, dass das, was die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag fordere, vor zwei Jahren bereits politisch auf den Weg gebracht worden sei. Da die Verwaltung die seither erarbeiteten Punkte noch nicht hinlänglich geprüft habe, stehe eine erneute Beratung darüber derzeit nicht an.

Die Aussage in dem Antrag, dass es bei der Überprüfung um eine Summe von 3,4 Mio. Euro freiwilliger Leistungen gehe, sei falsch. So könnten die 1,65 Mio. Euro, die für die Kinder- und Jugendförderung zur Verfügung gestellt würden, schon aus rechtlichen Gründen nicht in Gänze gestrichen werden. Man könne über das „Wie“ der Kinder- und Jugendförderung reden, aber nicht über das „Ob“.

Bislang habe keine der drei Jugendamtskommunen an die Kreisverwaltung herangetragen, dass eines dieser Jugendzentren geschlossen werden sollte. Auch sei bisher kein Signal gekommen, dass die freiwilligen Leistungen, die man an die Jugendverbände und an die anderen Träger der Kinder- und Jugendförderung in den Gemeinden zahle, nicht mehr gewünscht seien. Die Chancen, die die SPD-Fraktion in der offenen Kinder- und Jugendförderung sehe, seien im Jugendhilfeausschuss hinlänglich diskutiert worden. Man unterstütze damit insbesondere die Kinder und Jugendlichen, die zu Hause nicht im gewünschten Maß gefördert würden. Dies stehe für die SPD-Fraktion nicht zur Disposition.

Auch für die Förderung der Jugendverbände mit 0,18 Mio. Euro gelte, dass der Wegfall unwiederbringliche Folgen hätte. Wenn man die Unterstützung der Arbeit einstelle bestehe die Gefahr, dass diese Arbeit für Freizeitgestaltung und politische Ausrichtung dauerhaft entfalle.

Bezüglich der Mittel für die Familienbüros erinnert Herr Enters an die Einrichtung der dezentralen und niederschweligen Strukturen im Jahr 2020. Diese Leistung werde in den Kommunen so gut angenommen, dass der Gutachter sogar zu einer Verdopplung rate. Das Angebot werde auch von den Bürgermeister*innen der

drei Jugendamtskommunen als sehr zielführend geschätzt. Diese 200.000 Euro seien gut angelegt und stünden für die SPD-Fraktion ebenfalls nicht zur Disposition.

Wenn man die freiwilligen Betriebskostenzuschüsse und die Mietkostenzuschüsse an die freien Träger, die die Kindertagesbetreuung für 0-6-Jährige sicherstellten, streiche, bestehe auch hier die Gefahr, dass die Leistungen durch die freien Träger nicht mehr angeboten werden könnten.

Zusammenfassend stellt Herr Enters fest, dass man keine Neuauflage der Chancen- und Risikoprüfung durch die Verwaltung brauche. Es sei bereits bekannt, mit welchen Szenarien eine Verabschiedung aus der Kinder- und Jugendförderung verbunden wäre. Daher sei die SPD-Fraktion nicht bereit, die Förderung auf den Prüfstand zu stellen. Angesichts der Kostenüberlastung der Kommunen müsse man vielmehr darauf drängen, dass der Gesetzgeber neue Leistungen, die er einführe, wie zum Beispiel den Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz ab 2026, auch finanzieren müsse. Der Kreis sollte sich im Schulterschluss mit den Kommunen beim Landesgesetzgeber dafür einsetzen.

Herr Prof. Dr. Hofnagel unterstützt die Ausführungen von Herrn Enters in weiten Teilen. Die im Antrag enthaltene Diskussion um die eventuelle Schließung von Jugendzentren sei für seine Fraktion kein akzeptabler Gedankengang. In Lünen habe man das seinerzeit auf den Weg gebracht und umgesetzt, und er sei froh, dass man diese Entscheidung jetzt wieder korrigiere. Daraus sollte man lernen. Seine Fraktion werde dem Antrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen.

Frau Heinrichsen schließt sich für die Fraktion GRÜNE im Kreistag ebenfalls den Ausführungen von Herrn Enters an. Man habe bereits jahrelang diskutiert und Abwägungen getroffen. Bei einigen Leistungen sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass diese unverzichtbar seien für die Kinder und Jugendlichen. Jetzt Angebote zurückzudrehen, könnte bedeuten, Probleme an anderer Stelle zu verschärfen. Diese Gefahr wolle sie nicht eingehen. Man sei den Kindern und Jugendlichen diese Leistungen schuldig.

Herr Pufke stellt klar, es gehe bei dem Antrag der CDU-Fraktion nicht darum, Jugendheime zu schließen. Man beantrage nur das, was bereits sinnvollerweise in der ursprünglichen Verwaltungsdrucksache gestanden habe. Man sei zu einer wirtschaftlichen, effizienten und sparsamen Haushaltsführung verpflichtet. Offensichtlich wolle sich die Mehrheit aber die Frage nach Einsparmöglichkeiten gar nicht erst stellen, weil man sich dann gegebenenfalls mit den Betroffenen auseinandersetzen müsste. Das sei nicht das CDU-Verständnis von Politik. Er könne nicht verstehen, dass der Landrat von seiner ursprünglichen Verwaltungsdrucksache abgewichen sei und sei gespannt auf dessen Abstimmungsverhalten.

Herr Cieszyński weist darauf hin, dass die Liste der Einsparmöglichkeiten gemeinsam mit den betroffenen Kommunen erarbeitet wurde. Zumindest aus Bönen wisse er, dass man dort sehr zufrieden mit dem Ergebnis sei. Letztlich bescheinige das Organisationsgutachten auch eine hohe Wertigkeit der geleisteten Arbeit. Diesen Standard sollte man nicht heruntersetzen, indem man sich „kaputtspare“. Sicherlich seien die Kosten für die Kommunen eine Belastung, aber es gebe dazu einen Gegenwert. Die Gruppe FW/Familie werde dem CDU-Antrag nicht zustimmen.

Herr Wette erklärt, die FDP-Fraktion werde dem CDU-Antrag aus den von den Vorredner*innen vorgetragenen Aspekten ebenfalls nicht folgen.

Herr Ganzke trägt den Beschlussvorschlag des CDU-Antrages vor und merkt an, dass dieser der nach seinem Verständnis etwas anderes beinhalte als soeben von Herrn Pufke dargestellt. Ausdrücklich sei von einer Reduzierung des Angebotsumfangs im Bereich der Kinder- und Jugendförderung, der Familienbüros, der frühen Hilfen sowie der freiwilligen Betriebskostenzuschüsse in der Kindertagesbetreuung die Rede. Für

ihn heiße das nichts anderes, als dass die Kinder- und Jugendarbeit radikal rasiert werden solle. Das widerspreche den Ausführungen im Koalitionsvertrag NRW zwischen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wonach man die kommunale Prventionskette ausbauen und stärken und zudem die Kinder- und Jugendarbeit sowie die frühen Hilfen weiter ausbauen und konzeptionell weiterentwickeln wolle. Ihn würde interessieren, was die Verantwortlichen der CDU auf der Landesebene zu dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion sagen würden.

Auf Nachfrage von Herrn Prof. Dr. Hofnagel stellt Herr Kreisdirektor Janke das Verfahren der Benehmensherstellung dar. Dieses erfordere kein Einverständnis mit den Kommunen. Die Kommunen gäben im Rahmen der Benehmensherstellung Stellungnahmen ab, die dem Kreistag zur Diskussion vorgelegt würden. Der Kreistag könne jedoch zu einer anderen Bewertung kommen und sei an einer Beschlussfassung nicht gehindert.

Herr Enters weist darauf hin, dass man zukunftsfeste Konzepte gemeinsam mit den Kommunen erarbeiten sollte. Zur Stellenbewertung erwarte man noch ein GPA-Gutachten, an dem man sich orientieren könne. Zudem stnden Empfehlungen der beiden Landesjugendämter zur Stellenbesetzung bei den erzieherischen Hilfen aus. Er wolle außerdem darauf hinweisen, dass die Verwaltung des Jugendamtes darauf verzichtet habe, die notwendigen 2,5 Stellen für die weitere Arbeit einzurichten und nur 0,9 Stellen in Anspruch nehme. Es gebe also deutliche Signale des Sparwillens. Man müsse abwarten und bei der Auswertung schauen, ob man mit diesen Stellen auskomme. Man werde die Situation also weiter beobachten und bewerten, und zwar gemeinsam mit den Kommunen. Der Unterausschuss Jugendhilfe sei hier das geeignete Diskussionsgremium.

Herr Pufke erinnert an die letzten Haushaltsplanberatungen, in denen auch schon der Hilferuf der drei Jugendamtskommunen laut geworden sei, dass allgemeine und differenzierte Kreisumlage auf die Haushalte erdrosselnde Wirkung hätten. Der Landrat habe eine umfassende Überprüfung des Jugendamtsbereichs auf Einsparpotentiale zugesagt. Dieser Punkt sei auch von anderen Fraktionen in ihren Haushaltsreden aufgenommen worden. Solange man im Abstrakten bleibe, seien alle sparwillig. Sobald es aber konkret an Umschichtungen oder Einsparungen gehe, sei bedauerlicherweise kein Sparwillen vorhanden.

Herr Ganzke verweist dazu auf die Ausführungen des Kreisdirektors und Kmmerers, der in seiner Haushaltsrede den Sparwillen, die Sparbemühungen und die entsprechende Umsetzung durch den Kmmerer und die gesamte Verwaltung nachdrücklich verdeutlicht habe. Auch hätten alle Fraktionen die angekündigte Bewirtschaftungssperre des Kmmerers begrüßt, die ja auch zu nennenswerten Einsparungen geführt habe.

Herr Goldmann merkt an, dass alle vor Jahren für eine qualifizierte Jugendarbeit angetreten seien. Im Dialog mit allen Beteiligten, insbesondere auch den Jugendamtskommunen, habe der Gutachter jeden Euro genau betrachtet. Herr Enters habe verdeutlicht, für welche freiwilligen Leistungen das Geld in die Hand genommen werde. Er habe weder aus den drei Jugendamtskommunen noch aus dem CDU-Antrag einen substantiellen Vorschlag erkennen können, an welcher Stelle das vorhandene Leistungsfeld reduziert werden könne. Der Antrag und die Begründung seien schlicht und in der Sache nicht zielführend.

Herr Landrat Löhr stellt den Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag

Der Landrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Kommunen Bönen, Fröndenberg und Holzwickede verschiedene Szenarien zur Reduzierung des Angebotsumfangs im Bereich der Kinder- und Jugendförderung,

gehöre nicht zum prioritär mit Gas und gegebenenfalls auch Strom zu beliefernden Kreis und müsse sich daher auf eine etwaige Mangellage vorbereiten.

Herr Gutzeit geht inhaltlich auf den zweistufigen Maßnahmenplan ein. Dieser werde nach entsprechender Abstimmung im Personalrat und in den Beteiligungen dem Kreistag zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Punkt 12.2 Austausch zwischen unterer Katastrophenschutzbehörde und den kreisangehörigen Kommunen

Herr Göpfert erklärt, die untere Katastrophenschutzbehörde beschäftige sich ebenfalls mit dieser Thematik und sei seit dem Spätsommer in unterschiedlichsten Runden in einem kontinuierlichen Austausch mit den Städten und Gemeinden des Kreises. Darüber hinaus stehe der Landrat im regelmäßigen Austausch mit den Bürgermeister*innen in der Bürgermeister*innenkonferenz. Konkrete Probleme, die man mit den Kommunen bespreche bzw. bearbeite, seien das Thema Kraftstoffversorgung, sowie die Erstellung und Umsetzung eines einheitlichen Warnkonzeptes für alle kreisangehörigen Kommunen.

Die Katastrophenschutzbehörde habe einen Notstromgenerator gekauft und sei dabei, eine Vereinbarung mit dem THW, der ihn im Bedarfsfall betreiben solle, vorzubereiten.

Für den Fall des Ausfalls der Notrufnummer 112 habe man unter Einbeziehung der Feuerwehren ein einheitliches Handlungskonzept erarbeitet. Man wolle zudem ein tragfähiges Konzept für Anlaufstellen in der Bevölkerung schaffen.

Man sei überdies dabei, den Katastrophenschutz neu aufzustellen. Hierzu habe man zwischen Spätsommer und Herbst 12 Szenarienworkshops mit externer Begleitung durchgeführt. Ein wesentliches Ergebnis sei, dass man die Betreiber*innen kritischer Infrastrukturen im Kreisgebiet auf ihre Rechte und Pflichten hinsichtlich der Erhaltung der Betriebsfähigkeit der Einrichtungen bei einer Mangellage hinweisen werde. Hier werde man in weiteren Gesprächen für eine gute Eigenvorsorge der Unternehmen werben.

Als weiteres Thema beschäftige sich die Katastrophenschutzbehörde mit alternativer Telefonie. Hier gehe es um die gemeinsame Beschaffung von Satellitentelefonen im Rahmen eines einheitlichen Systems im gesamten Kreisgebiet, die man abstimmen wolle. Dieses System werde dann auch verknüpft sein mit den weiteren Meldekettten der Bezirksregierung und des Landes.

Punkt 12.3 Austritt aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Landrat Löhr teilt mit, dass Herr Lütchen zum 02.11.2022 seinen Austritt aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt habe.

Anlage

Präsentation zum Haushalt 2023

gez. Silke Schmücker
Schriftführerin

gez. Mario Löhr
Vorsitzender